

Gegen ein eingeschränktes Klagerecht

Bund Naturschutz für Alternativen zum Bau der B 15 neu und Erhalt von Verbandsrechten

Von Kerstin Schröder

Der Bund Naturschutz (BN) hat seine Forderung erneuert, den Ausbau der B15 neu an der A92 zu stoppen. Aufgeschreckt hat ihn der Versuch von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU), die Klagerechte der Umweltverbände abzuschaffen beziehungsweise zu verringern. Damit würde er die Schutzrechte von Bürgern und Verbänden gegenüber landschaftszerstörenden Straßenbauprojekten massiv beschneiden, so der BN.

Nach wie vor besteht der BN darauf, dass die B15 neu nicht, wie vorgesehen, ausgebaut wird. Damit wären wertvolle Heimatlandschaften in Nieder- und Oberbayern gefährdet. Paul Riederer, stellvertretender Vorsitzender der Kreisgruppe Landshut, wird nicht müde, dies zu wiederholen. So auch bei der gestrigen Pressekonferenz im Gasthaus Insel. Nach wie vor ist Riederer der Meinung, dass der Ausbau den Verkehr eher noch vergrößern werde.

Es sei aus BN-Sicht sinnvoller, Transporte auf die Bahn zu verlegen, zum Beispiel solche von Ingolstadt nach Salzburg. Die „Dinosaurierplanung“, so Kathy-Mühlebach-Sturm, Vorsitzende der Kreisgruppe Landshut, sei vor 30 Jahren begonnen worden und weit davon entfernt, eine rückläufige Auto-Verkehrsentwicklung, wie sie jetzt im Gange sei, zu berücksichtigen. Mobilität sei heute nicht mehr zwingend Autoverkehr. Es sollten alternativ kurze Wege erhalten werden,



Der BN in schlagkräftiger Besetzung (von links): Ulrich Kaltenegger, Kathy Mühlebach-Sturm, Peter Rottner, Richard Mergner, Paul Riederer, BN-Berater Reinhold König (Foto: Christine Vinçon)

wo es möglich sei. Außerdem sei die Finanzierung des Ausbaues nicht gesichert. Reinhold König, BN-Berater und Mitglied im BN-Landesarbeitskreis Verkehr, stellte fest, es würden horrende Summen an Steuergeldern verschwendet.

Kampf um Bürgerrechte

Die Kosten seien seit Planungsbeginn unerwartet immens gestiegen, sagte er. 250 Millionen mehr werde die Straße kosten. Das Geld würde „zum Fenster hinaus“ geworfen. Kein Cent davon diene der Ver-

kehrsentlastung der Stadt Landshut. Entsetzt hat den Umweltverband die Ankündigung des Verkehrsministers Peter Ramsauer vernommen. Der Minister hatte im Juli gefordert, das Verbandsklagerecht abzuschaffen oder stark einzuschränken. Die Umweltverbände sollten „neue Autobahnen nicht mehr blockieren dürfen.“ Richard Mergner, Landesbeauftragter des BN, betonte, die Klagebefugnis sei schon allein als Möglichkeit wichtig, weil damit die Bürger die politischen Entscheidungen besser kontrollieren könnten. Ansonsten

könnten die Behörden entscheiden, wie sie wollten. Infolge dessen stelle sich Politikverdrossenheit ein.

Klagen im Lande lassen

Die Entscheidungen über Klagen sollten nicht an das Berliner Bundesverwaltungsgericht verlegt werden. Dies wäre die Folge von Ramsauers Ansinnen. Stattdessen sollten die Klagen wie bisher im Bundesland entschieden werden. Dies forderte der Landshuter BN-Anwalt Ulrich Kaltenegger. Peter Rottner, Jurist und Landesgeschäftsführer

des BN, sagte, die Bürgerinitiativen und Bürger müssten Verwaltungsentscheidungen rechtlich überprüfen können. Das sei aber nicht mehr der Fall, wenn Ramsauer sich durchsetze.

Zudem garantiere das Recht, das die Bundesregierung mit der EU vereinbart habe, dass die Bürger klagen und auch das Verwaltungshandeln prüfen könnten. Dies habe die Bundesregierung unterschrieben. Rottner: „Eine deutsche Bundesregierung kann das Recht nicht verändern, ohne das europäische System zu verlassen.“

Der BN forderte, Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) solle sich von den Äußerungen des Bundesverkehrsministers distanzieren. Die Naturschützer wollen eher mehr Bürgerbeteiligung statt weniger Demokratie. Letztlich gehe es darum, dass die Bürger überhaupt noch klagen könnten. Zur von Ministerpräsident Horst Seehofer vorgeschlagenen Pkw-Maut sagte Mergner, die Pkw-Maut für Ausländer, sei eine reine Showveranstaltung. Davon blieben 200 Millionen im Jahr übrig. Das sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Auf Prestigeprojekte, schlug er vor, sollte verzichtet werden und dafür sollte man die vorhandenen Straßen sanieren und erhalten. Sinnvoll sei allenfalls die Ausweitung der Lkw-Maut auch auf das allgemeine Straßennetz so wie in der Schweiz. Mergner sagte: „Die Mautforderung für Ausländer ist der verzweifelte Versuch der Regierung, für den Straßenbau zu noch mehr Geld zu kommen.“